

36 Jahre israelischer Besatzung müssen ein Ende haben!

Zusammen mit der israelischen Friedensgruppe Gush Shalom fordern wir deshalb:

➤ **Keine weiteren Rüstungsexporte aus Deutschland nach Israel!**

36 Jahre Besatzung und Entrechtung der palästinensischen Bevölkerung, fortgesetzter völkerrechtswidriger Siedlungsbau für fast 400000 Siedler in Westbank und im Großraum Ost-Jerusalem, permanente Enteignung palästinensischen Bodens, Zerstörung palästinensischer Wohnhäuser, ein dramatischer Niedergang der palästinensischen Wirtschaft aufgrund von Ausgangssperren und Abriegelungen und ein vor allem von Israel torpedierter Friedensprozess haben im Oktober 2000 zum Aufstand in den besetzten Gebieten geführt. Als Antwort darauf hat die israelische Armee mit Panzern, Hubschraubern und Kampfflugzeugen unter dem Deckmantel des „Kampfes gegen den Terror“ praktisch die gesamte Infrastruktur der palästinensischen Autonomiebehörde und der Zivilgesellschaft zerschlagen. Die Lebensgrundlagen der PalästinenserInnen sind vernichtet, Hunderte palästinensischer Zivilisten getötet, Tausende verletzt. Trotz internationaler Friedensbemühungen (Roadmap) setzt Israel seine militärischen Angriffe auf palästinensisches Territorium fort. Enteignung und Zerstückelung der palästinensischen Westbank durch israelischen Siedlungs- und Straßenbau wird jetzt durch den Bau einer gewaltigen Trennungsmauer zementiert.

Dieser Krieg wird auch durch massive Waffenlieferungen aus Deutschland ermöglicht. Durch ihre Rüstungsexportgenehmigungen unterstützt die deutsche Bundesregierung den Krieg anstatt ihn zu verhindern. **Kriegswaffen im Wert von 346,6 Mill. DM wurden laut Rüstungsexportbericht der Bundesregierung allein im Jahr 2000 (71,4 Mill. DM in 2001) nach Israel exportiert**, großteils Bauteile im Bereich des Panzerbaus. Aber auch über Scharfschützengewehre der Firma Mauser verfügt die israelische Armee. Wir lehnen darüber hinaus generell alle Rüstungsexporte in die Länder des Krisengebietes Naher Osten ab.

➤ **Keine Warenimporte aus den israelischen Siedlungen auf besetztem Gebiet in die EU!**

Seit September 1998 ist der EU-Kommission bekannt, dass Israel regelmäßig Produkte aus den israelischen Siedlungen in den besetzten Gebieten (Westbank, Gaza, Golan, Ost-Jerusalem) in die EU exportiert. Diese Praxis widerspricht den Bestimmungen des „Interimsabkommen über Handel und den Handel betreffende Angelegenheiten“ von 1995, das Begünstigungen nur für Waren aus dem israelischen Staatsgebiet vorsieht. Sowohl die palästinensische Nichtregierungs-Organisation Mattin Group als auch britische und belgische Zollbehörden haben entsprechende Beweise vorgelegt. Die israelische Mission bei der EU erklärt selbst dazu: „In dem europäisch-israelischen Assoziierungsabkommen wird an keiner Stelle die israelische Grenze definiert. Israel definiert sein Territorium in Übereinstimmung mit seinen Gesetzen und stellt entsprechende Herkunftszertifikate aus. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt existieren keine international anerkannten Grenzen zwischen Israel und den [besetzten] Gebieten. [...] Jeder Versuch der EU, ihr eigenes Verständnis von Israels Territorium aufzudrängen, könnte zu Recht als vorgefasste Meinung über den Ausgang der Statusgespräche betrachtet werden.“

Damit betrachtet Israel die von ihm besetzten Gebiete widerrechtlich als eigenes Staats-territorium, zumindest solange die Verhandlungen mit den Palästinensern keine andere Regelung vorsehen. Da Israel eine Kennzeichnung der Waren aus den besetzten Gebieten (vor allem Früchte, Gemüse, Wein, Blumen und Kosmetika) ablehnt, besteht bei allen aus Israel importierten Produkten die Möglichkeit, dass sie aus den völkerrechtswidrigen israelischen Siedlungen stammen.

Schluss mit dem völkerrechtswidrigen Siedlungsbau!

**Wir fordern die verantwortlichen deutschen Politiker* auf,
die deutschen Rüstungsexporte nach Israel und
die israelischen Warenimporte aus den Siedlungen in den
besetzten Gebieten in die EU umgehend zu unterbinden!**

* die Unterschriftenlisten gehen an das Auswärtige Amt

Name, Vorname	Straße	PLZ, Ort	Unterschrift

**Jeder Cent für die Siedlungen ist ein
Cent gegen den Frieden!** (Gush Shalom)

Die Schirmherrschaft für den Aufruf haben übernommen:

- Felicia Langer**, israelische Rechtsanwältin und Trägerin des Alternativen Friedensnobelpreises, Tübingen
- Viola Raheb**, palästinensische Pädagogin und Theologin, Bethlehem/Wien
- Helga Baumgarten**, Dozentin für Politikwissenschaft an der Birzeit-Universität, Ramallah

Der Aufruf wurde initiiert vom AK Palästina Tübingen, er wird mit unterstützt von:
Friedensplenum Tübingen, Friedensgruppe Reutlingen, Deutsch-Palästinensischer Frauenverein e.V., Vereinigung der Freunde Palästinas (versch. Bundesländer), Deutsch-Palästinensische Gesellschaft (Vorstand), AK Palästina ATTAC Hamburg

V.i.S.d.P. und Unterschriftenlisten schicken an: Arbeitskreis Palästina Tübingen, Anja Kidess, Yitzhak-Rabin-Str. 3, 70376 Stuttgart, ak-palaestina-tuebingen@gmx.de